

N i e d e r s c h r i f t

=====

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates Pirmasens
am Montag, 07. Sept. 2009, 15.30 Uhr
im Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederzahl: 45

Anwesend sind: 44

und zwar:

Adler Bernd – fehlt entschuldigt	Baas Elfriede
Bayer Thomas	Burkhardt Andreas
Clauer Denis	Cölsch Marianne
Deny Wolfgang	Ebelshäuser Axel
Eder Ulla	Eschrich Frank
Faroß-Göller Katja	Fremgen Frank
Grimm Eberhard bis 19.45 Uhr	Henn Dr. Carsten
Hinkel Heinz	Hussong Gerhard
Kastrop-Pretor Jutta	Kiefer Heidi
Klees Dr. Karl-Josef	Krämer Hermann
Krämer Dr. Walter	Krekeler Susanne
Kuhn Claudia	Lehnigk Kurt
Linse Brigitte	Linse Julia
Müller Wolfgang	Oden Martin
Resch Peter	Rinck Volker
Schäfer Dr. Fritz jr. ab TOP 2.1.3	Schneider Peter
Schulze Hermann	Sefrin Stefan
Stegner Berthold	Stilgenbauer Jürgen
Streppel Karola	Stretz Norbert
Tavernar Gino	van de Sand Maximilian
Walter Markus	Weiner Thomas
Wirth Fritz	Zimmer Dr. Rudolf

sowie Oberbürgermeister Dr. Matheis als Vorsitzender,

Bürgermeister Scheidel,

Beigeordneter Schieler,
Beigeordnete Knerr

Entschuldigt fehlt:

Ratsmitglied Adler Bernd

Zur Sitzung zugezogen:

Herr Hoch und Frau Legleitner, Hauptamt
Frau Maurer, Pressestelle
Frau Brandt, Finanzen, bis TOP 4
Herr Gehringer, Rechnungsprüfungsamt
Herr Joritz, Rechtsamt, bis 18.30 Uhr
Herr Ebel, Jobbörse, bei TOP 1
Herr Labisch, Amt für soziale Sicherung, bei
TOP 1
Herr Schreiner, Stadtplanung, bei TOP 5
Herr Forster, Städt. Krankenhaus Pirmasens
gGmbH, bei TOP 7.1
Herr Stegner, Bauhilfe Pirmasens GmbH,
bei TOP 7.2
Herr Kreibich, Stadtwerke Pirmasens, bei
TOP 7.3 und 7.4
Herr Burkhart, Stadtplanung, bei TOP 8

Protokollführung:

Frau Heil (außer TOP 4 und 7.3)
Frau Huber bei TOP 4 und 7.3

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.00 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende Ratsmitglied Jutta Kastrop-Pretor, die an der konstituierenden Sitzung nicht teilgenommen hat, gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten durch Handschlag.

Sodann bittet der Vorsitzende um Ergänzung der Tagesordnung um den TOP 7.4 Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH – Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt sodann einstimmig die folgende

T a g e s o r d n u n g :
=====

1. Einwohnerfragestunde (Beginn: 18.00 Uhr)
2. Wahlen
 - 2.1. ehrenamtliche/r Beigeordnete/r
 - 2.1.1. Ernennung der/des ehrenamtlichen Beigeordneten
 - 2.1.2. Zustimmung zur Übertragung von Geschäftsbereichen
 - 2.1.3. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
 - 2.2. Bildung von Ausschüssen
 - 2.2.1. Landwirtschaft, Grünflächen und Friedhofswesen
 - 2.2.2. Kulturausschuss
 - 2.2.3. Sportausschuss
 - 2.2.4. Ausschuss für Umwelt und Abfallwirtschaft
 - 2.2.5. Verkehrsausschuss
 - 2.2.6. Rechnungsprüfungsausschuss
 - 2.2.7. Stadtrechtsausschuss
 - 2.2.8. Umlegungsausschuss
 - 2.2.9. Sportstättenbeirat
 - 2.2.10. Psychiatriebeirat
 - 2.2.11. Aufsichtsrat Stadtentwicklung Pirmasens GmbH
 - 2.2.12. Aufsichtsrat Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH
 - 2.2.13. Aufsichtsrat Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH
 - 2.2.14. Aufsichtsrat Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB)
 - 2.2.15. Aufsichtsrat Rheinberger Verwaltungs GmbH
 - 2.2.16. Aufsichtsrat Rheinberger Besitzgesellschaft mbH

- 2.2.17. Aufsichtsrat Bauhilfe Pirmasens GmbH
 - 2.2.18. Aufsichtsrat Messe- und Veranstaltungsgesellschaft mbH
 - 2.2.19. Aufsichtsrat Landeplatz GmbH
 - 2.2.20. Aufsichtsrat Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH
 - 2.2.21. Verbandsversammlung Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS)
 - 2.2.22. Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Westpfalz (PGW)
 - 2.2.23. Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein - Neckar (ZRN)
 - 2.2.24. Verleihungspräsidium Hugo-Ball-Preis
 - 2.2.25. Kuratorium Dr. med. Klaus Wolf-Stiftung
 - 2.2.26. Koordinierungsrat Dynamikum
 - 2.2.27. Patientenfürsprecher
3. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Speyer und beim Landessozialgericht Rheinland-Pfalz
 4. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan 2009
 5. Vollzug des Baugesetzbuches; Aufstellung des Bebauungsplanes P 184 „Emil-Kömmerling-Straße“
 1. Beschluss über die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
 2. Beschluss über die Ergebnisse der Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB)
 3. Satzungsbeschluss nach § 10 BauGB
 6. Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe Erneuerung Kanal 826 (Strecktal)
 7. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der
 - 7.1. Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH
 - 7.1.1. Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2008
 - 7.1.2. Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr
 - 7.1.3. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr
 - 7.2. Bauhilfe Pirmasens GmbH
 - 7.2.1. Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2008
 - 7.2.2. Entlastung des Geschäftsführers für das Geschäftsjahr 2008
 - 7.2.3. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2008
 - 7.3. Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH
 - 7.3.1. Projekt Edison, Beteiligungserwerb an der Thüga AG
 - 7.4. Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH
 - 7.4.1. Änderung des Gesellschaftsvertrages
 8. Beteiligung an der Finanzierung der Planungskosten für den Ausbau des Knotens Mannheim – Heidelberg als Sonderumlage des ZRN
 9. Anträge der Fraktionen;
 - 9.1. Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 18.08.2009; betr.: Beschwerdemanagement bei Jobbörse Pirmasens einrichten
 - 9.2. Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 18.08.2009; betr.: Kommunale Schulbeihilfe einführen

9.3. Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 18.08.2009;
betr.: Minderung der Treibhausgasemissionen in Pirmasens

10. Beantwortung von Anfragen
Informationen
Anfragen der Ratsmitglieder

1. Punkt der Tagesordnung:

=====

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 18.00 Uhr.

Fam. Anja und Karl-Heinz Schlotter, Berliner Ring 86, 66955 Pirmasens

(schriftlicher Anfrage der Fam. Schlotter vom 04.09.2009 sowie Anfrage der Stadtratsfraktion DIE LINKE in gleicher Sache vom 18.08.2009)

Herr Schlotter fasst seine schriftliche Anfrage kurz zusammen. Er teilt mit, es gehe um den Sohn Sebastian, der geistig und körperlich schwerstbehindert sei, außerdem u.a. auch schwer herzkrank. Alles, was beantragt werde an Hilfeleistungen, werde sofort abgelehnt. Zuletzt die Finanzierung eines Autos. Dieses werde jedoch dringend zum Transport des Kindes benötigt.

Mit Einverständnis der Familie erläutern Herr Ebel (Jobbörse) gemäß Schreiben vom 03.09.2009 und Herr Labisch (Amt für soziale Sicherung) gemäß Schreiben vom 03.09.2009 detailliert die Zahlungen und Hilfgewährungen an Familie Schlotter.

Der Vorsitzende stellt fest, die Familie stehe unter einem erheblichen Pflegedruck. Auch gebe es verschiedene Adressaten zur Beantragung von Hilfemaßnahmen. Er regt deshalb ein gemeinsames Gespräch mit der Familie Schlotter und Herrn Labisch zur Klärung der offenen Fragen an. Dabei könne auch dargelegt werden, wer für welche Leistungen zuständig sei.

Familie Schlotter stimmt diesem Vorschlag zu.

Ratsmitglied Schulze merkt an, dies sei evtl. ein Fall für den Pakt für Pirmasens.

Ratsmitglied Stegner bittet um Information des Rates über die getroffenen Maßnahmen.

Ratsmitglied Eschrich bittet um Beantwortung der schriftlichen Anfrage seiner Fraktion vom 18.08.2009 in dieser Angelegenheit.

Der Vorsitzende sagt eine Befassung des Hauptausschusses bzw. Rates nach Vorlage von Ergebnissen zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde um 18.35 Uhr.

2. Punkt der Tagesordnung:

=====

Wahlen

2.1 Wahl des/der ehrenamtlichen Beigeordneten (BV-Nr. 46/10)

Der Vorsitzende gibt die Beschlussvorlage des Hauptamtes vom 31.08.2004 bekannt.

Von Seiten der FWB-Stadtratsfraktion wird

Frau Helga Knerr

zur Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten vorgeschlagen.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht eingebracht.

Der Vorsitzende stellt den eingebrachten Wahlvorschlag fest:

Für die Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten wurde als einziger Wahlvorschlag

Frau Helga Knerr

eingebracht.

Ratsmitglied Stretz erklärt, in den Sitzungsunterlagen, die am vergangenen Mittwoch den Ratsmitgliedern zugestellt worden seien, sei bereits bei der Dezernatsverteilung Frau Helga Knerr aufgelistet gewesen. In der Presse sei jedoch von Koalitionsverhandlungen bis Donnerstagabend die Rede gewesen. Dies sei schlechter politischer Stil.

Sodann erläutert der Vorsitzende das Wahlverfahren:

Die Abstimmung erfolgt mittels vorbereiteter Stimmzettel und nur mit dem in der Kulisse liegenden Schreibstift. Unbeschriebene Stimmzettel gelten als Stimmenthaltungen. Stimmzettel, aus denen der Wille des Abstimmenden nicht unzweifelhaft erkennbar ist und Stimmzettel, die einen Zusatz, eine Verwahrung oder einen Vorbehalt enthalten, sind ungültig. Stimmenthal-

tungen und ungültige Stimmen zählen bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht mit.

Da nur eine Bewerberin vorgeschlagen wurde, erfolgt die Abstimmung mit Stimmzetteln, die mit „Ja“ und „Nein“ gekennzeichnet sind. Die Ratsmitglieder, die für die Wahl der vorgeschlagenen Bewerberin stimmen wollen, kennzeichnen die Rubrik „**Ja**“ durch ein (**x**) oder in anderer eindeutiger Weise. Die Ratsmitglieder, die nicht für die vorgeschlagene Bewerberin stimmen möchten, tun dies, indem sie die Rubrik „**Nein**“ durch (**x**) oder in anderer eindeutiger Weise kennzeichnen.

Sodann wird gemäß § 30 Abs. 7 der Geschäftsordnung aus zwei jeweils vom Stadtrat zu bestimmenden Ratsmitgliedern eine Wahlkommission gebildet. Bisher waren dies die jüngsten Ratsmitglieder aus den beiden großen Fraktionen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig durch einfachen Beschluss, Frau Linse Julia (CDU-Stadtratsfraktion) und Herrn Frank Fremgen (SPD-Stadtratsfraktion) als die jüngsten Ratsmitglieder aus den beiden großen Fraktionen zu benennen.

Die Wahlurne wird geöffnet vorgezeigt.

Die Ratsmitglieder erhalten sodann auf Aufruf in alphabetischer Folge jeweils einen Stimmzettel. Die Kennzeichnung des Stimmzettels erfolgt unbeobachtet in der bereitstehenden Wahlkabine mit dem bereitliegenden Schreibstift. Sodann ist der Stimmzettel in die Wahlurne einzuwerfen.

Nachdem das letzte stimmberechtigte Ratsmitglied gewählt hat, schließt der Vorsitzende die Wahlhandlung.

Es folgt die Auszählung der Stimmen durch den Vorsitzenden und die Wahlkommission in den folgenden Schritten:

Ermittlung der abgegebenen Stimmen und Vergleich der Anzahl der anwesenden Ratsmitglieder, abzüglich der ungültigen Stimmen und der Stimmenthaltungen, die bei der Feststellung der Stimmenmehrheit nicht mitzählen (§ 40 IV S. 1 GemO).

Auszählung der „Ja“- und der „Nein“-Stimmen bei nur einem Bewerber: Ist die erforderliche Mehrheit von „mehr als der Hälfte der Stimmen“ erreicht? Falls nein, ist die Wahl zu wiederholen.

Falls erneut die erforderliche Mehrheit verfehlt wird, ist die Person endgültig abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt das Wahlergebnis wie folgt fest:

Abgegebene Stimmen:	43
Enthaltungen:	3
Ungültig:	-
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	17

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses nimmt Frau Helga Knerr auf Nachfrage die Wahl an.

2.1.1 Ernennung der ehrenamtlichen Beigeordneten

Der Vorsitzende gratuliert Frau Helga Knerr zu ihrer Wahl und überreicht ihr die Ernennungsurkunde nach Verlesung des Wortlauts.

2.1.2 Zustimmung zur Bildung und Übertragung der Geschäftsbereiche auf die Beigeordneten (BV-Nr. 47/10)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hauptamtes vom 01.09.2009.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Stimmenthaltungen einstimmig:

Der Bildung der Geschäftsbereiche und der Übertragung auf die Beigeordnete, wie in der Dezernatsverteilung (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) dargestellt, wird gemäß § 50 Abs. 4 letzter Satz GemO zugestimmt.

Anmerkung der Protokollführung:

Beigeordnete Knerr hat gemäß § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

2.1.3 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Dr. Fritz Schäfer jr. als Nachfolger für Frau Helga Knerr als Ratsmitglied.

2.2 Bildung von Ausschüssen

Der Vorsitzende führt aus, nach § 45 Abs. 1 Satz 1 GemO seien die Mitglieder der Ausschüsse und ihre Stellvertreter aufgrund von Vorschlägen der im Gemeinderat vertretenen politischen Gruppen zu wählen, wobei alle Fraktionen sich auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag verständigen können. Nicht zulässig ist die Bildung einer Zählgemeinschaft zum Zwecke der Erlangung eines zusätzlichen Ausschussmandats.

Wird nur ein Wahlvorschlag gemacht, so ist hierüber abzustimmen; die vorgeschlagenen Personen sind gewählt, wenn die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats dem Wahlvorschlag zustimmt. Werden mehrere Wahlvorschläge gemacht, so werden die Ausschussmitglieder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt; für die Zuteilung der Sitze gilt § 41 Abs. 1 des Kommunalwahlgesetzes entsprechend.

Er weist darauf hin, dass im Ältestenrat vereinbart worden sei, alle gemeindlichen Ausschüsse mit 16 Mitgliedern zu besetzen. Bei den Ausschüssen, die über eine deutlich geringere Anzahl verfügten, sei keine Erhöhung vorgenommen worden, z.B. Aufsichtsrat Bauhilfe. Er nennt sodann bei allen Ausschüssen die zu wählende Anzahl der Mitglieder.

Ratsmitglied Streppel fragt an, warum der Gleichstellungsausschuss nicht mehr aufgelistet sei.

Der Vorsitzende teilt dazu mit, die Entscheidung, ob der Ausschuss gebildet werden solle, sei noch nicht gefallen. In der vergangenen Legislaturperiode habe nur eine Ausschusssitzung stattgefunden.

Ratsmitglied Hussong bittet darüber nachzudenken, durch Änderung des entsprechenden Gesellschaftsvertrages auch den Aufsichtsrat Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH zu wählen. Bisher habe bereits schon neben der Entlastung des Aufsichtsrates Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH auch die Entlastung des Aufsichtsrates Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH stattgefunden.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

Sodann lässt der Vorsitzende über die vorgeschlagene Stellvertreterregelung

(Stellvertretung wird von jeder Fraktion sichergestellt, Stellvertreter sind alle Fraktionsmitglieder – ausgenommen der Ausschussmitglieder selbst – in der Reihenfolge der Ergebnisse der Kommunalwahl vom 07.06.2009) abstimmen.

Der Stadtrat beschließt die vorgeschlagene Stellvertreterregelung einstimmig.

Weiter weist der Vorsitzende auf die Einhaltung der im Ältestenrat besprochenen Personenidentität bei den Aufsichtsräten der Stadtentwicklung und der Stadtwerke, ebenso bei den beiden Rheinberger Gesellschaften, hin. Er schlägt vor, die Abstimmungen zu den Gesellschaften jeweils en bloc vorzunehmen.

Der Stadtrat beschließt dies einstimmig.

Ratsmitglied Walter erklärt, die NPD sei in keinem der Wahlvorschläge für die Ausschüsse berücksichtigt, somit werde der demokratische Wille nicht widerspiegelt. Die NPD werde zu jeder Ausschusswahl Vorschläge unterbreiten.

2.2.1 Ausschuss für Landwirtschaft, Grünflächen, Friedhofswesen
(16 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom
17.08.2009.

Für den Ausschuss für Landwirtschaft, Grünflächen, Friedhofswesen werden
seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder

Kastrop-Pretor Jutta

Lehnigk Kurt

als sonstige wählbare Bürger

Spitzfaden-Grüny Justina

Weber Ella

Stellvertreter

Bachert Gerhard

Bisbort Elfriede

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder

Resch Peter

Krämer Hermann

Krekeler Susanne

als sonstige wählbare Bürger

Bold Erwin

Brill Elfriede

Bißbort Heike

Stellvertreter

Krekeler Susanne

Sennewald Kurt

Rasp Wolfdietrich

seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird

als sonstiger wählbarer Bürger

Dr. Butscher Michael

Stellvertreter

Dr. Martha Adler

seitens der Stadtratsfraktion FWB werden als

Ratsmitglied

Stilgenbauer Jürgen

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Gölter Manfred	Weber Günter

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Peter Klaus	Hinkel Heinz

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird als

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Kopp Ludwig	Brose Dietmar

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Hofer Kurt	Wirth Fritz

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Walter Markus	Vogt Marco

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält 1 Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Ausschuss für Landwirtschaft, Grünflächen, Friedhofswe-

sen.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.2 Kulturausschuss (16 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 17.08.2009.

Für den Kulturausschuss werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder

Baas Elfriede

Bayer Thomas

sonstige wählbare Bürger

Buser-Hussong Edeltraut

Wolle Daniela

Stellvertreter

Raidt Renate

Kiefer Heidi

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder

Krekeler Susanne

Kuhn Claudia

v. d. Sand Max

sonstige wählbare Bürger

Steckel Vilja

Hummel Nortrud

Schimmel Gudrun

Stellvertreter

Steckel Helfried

Marco Doris

Krekeler Ilse

seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied

Dr. Krämer Walter

seitens der Stadtratsfraktion FWB werden

als sonstige wählbare Bürger

Hehner Marie-Luise

Seither Christa

Stellvertreter

Dr. Henn Carsten

Dr. Schäfer Fritz jr.

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied
Ebelshäuser Axel

Stellvertreter
Hinkel Heinz

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird als

Ratsmitglied
Streppel Karola

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE wird

als sonstiger wählbarer Bürger
Wagner Beate

Stellvertreter
Eschrich Frank

seitens der NDP wird als

Ratsmitglied
Walter Markus

Stellvertreter
Vogt Marco

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält 1 Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw.
Stellvertreter in den Kulturausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.3 Sportausschuss (16 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 17.08.2009.

Für den Sportausschuss werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder
Müller Wolfgang
Tavernar Gino

als sonstige wählbare Bürger	Stellvertreter
Geißinger Gerd	Micek Jan
Staller Norbert	Eberhard Ludwig

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder
Clauer Denis
Schneider Peter
Resch Peter

als sonstige wählbare Bürger	Stellvertreter
Däuwel Dieter	Koc Anja
Reiser Mathias	Becker Andrew
Müller Hans	Blinn Haike

seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Herzog Dan	Wink Steffen

seitens der Stadtratsfraktion FWB werden als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Sefrin Stefan	

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Petry Andreas	Resch Horst

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Stegner Jürgen	Hinkel Heinz

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Bachert Jürgen	Brose Dietmar

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Sandoz Lothar	Wirth Fritz

seitens der NPD wird

als sonstiger wählbarer Bürger
Ledergos Alexander

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Sportausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.4 Ausschuss für Umwelt und Abfallwirtschaft (16 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 17.08.2009.

Für den Ausschuss für Umwelt und Abfallwirtschaft werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder

Bayer Thomas

Lehnigk Kurt

Tavernar Gino

als sonstige wählbare Bürger

Bachert Gerhard

Stellvertreter

Ackel Michael

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder

Krämer Hermann

v. d. Sand Max

Stegner Berthold

als sonstige wählbare Bürger

Weiß Erich

Bißbort Heike

Phillips Stefanie

Stellvertreter

Schneider Peter

Müller Klaus

Fleck Hans

seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied

Dr. Zimmer Rudolf

seitens der Stadtratsfraktion FWB werden

als sonstige wählbare Bürger

Hendrichs Wolfgang

Reischmann Gerhard

Stellvertreter

Stilgenbauer Jürgen

Hehner Peter

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Peter Klaus	Ebelshäuser Axel

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Luba Michael	Sheriff Annette

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE wird als

Ratsmitglied
Wirth Fritz

seitens der NPD wird als

sonstiger wählbarer Bürger
Vogt Markos

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw.
Stellvertreter in den Ausschuss für Umwelt und Abfallwirtschaft.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.5 Verkehrsausschuss (16 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 17.08.2009.

Für den Verkehrsausschuss werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder

Deny Wolfgang

Müller Wolfgang

als sonstige wählbare Bürger

Geißinger Gerd

Gutsmuths Rita

Stellvertreter

Bachert Gerhard

Kircher Margot

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder

Clauer Denis

Cölsch Marianne

Faroß-Göller Katja

als sonstige wählbare Bürger

Giesberg Joachim

Müller Klaus

Schwarz Peter

Stellvertreter

Krämer Hermann

Däuvel Dieter

Leinenweber Rolf

seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird

als sonstiger wählbarer Bürger

Bähr Manfred

Stellvertreter

Dr. Butscher Michael

seitens der Stadtratsfraktion FWB werden

als sonstiger wählbarer Bürger

Breith Christian

Weber Günter

Stellvertreter

Meßemer Marion

Weber Jochen

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Resch Uwe	Peter Klaus

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Vogel Manfred	Bachert Jürgen

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE wird als

Ratsmitglied
Wirth Fritz

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied
Walter Markus

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 7 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Der Vorsitzende gibt das Wahlergebnis bekannt und stellt fest, dass nur 15 Mitglieder gewählt wurden, weil das NPD-Ratsmitglied trotz seines eigenen Wahlvorschlages seine Stimme dem Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion gegeben hat. Dies führt nach Auswertung der Berechnung dazu, dass die CDU-Stadtratsfraktion einen Bewerber weniger zugeteilt bekommt und bei

der FWB-Stadtratsfraktion rechnerisch ein Sitz mehr zuzuteilen ist, als Bewerber vorgeschlagen sind. Somit ist der Ausschuss derzeit nur mit 15 Mitgliedern zu besetzen.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag Peter Schwarz und Vorschlag NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Verkehrsausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.6 Rechnungsprüfungsausschuss (7 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 01.09.2009

Für den Rechnungsprüfungsausschuss werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder

Kiefer Heidi

als sonstige wählbare Bürger

Raidt Renate

Stellvertreter

Rinck Volker

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder

Oden Martin

Kuhn Claudia

v. d. Sand Max

Stellvertreter

Linse Brigitte

Eder Ulla

Stegner Berthold

seitens der Stadtratsfraktion FWB wird als

Ratsmitglied

Grimm Eberhard

Stellvertreter

Sefrin Stefan

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird

als sonstiger wählbarer Bürger

Stegner Jürgen

Stellvertreter

Rudolph Herbert

seitens der NPD wird

als sonstiger wählbarer Bürger

Ledergos Alexander

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgesprochenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.7 Stadtrechtsausschuss (16 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 01.09.2009.

Für den Stadtrechtsausschuss und den Rechtsausschuss der ARGE werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder
Deny Wolfgang
Lehnigk Kurt
Rinck Volker

als sonstiger wählbarer Bürger
Hinsch Ilse

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder
Adler Bernd
Eder Ulla
Resch Peter
v. d. Sand Max
Clauer Denis

als sonstiger wählbarer Bürger
Marko Doris

seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Jureczek Alfred	Dr. Adler Martha

seitens der Stadtratsfraktion FWB werden als

als sonstiger wählbarer Bürger
Meyer Rigo
Hendrichs Wolfgang

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Peter Klaus	Rudolph Herbert

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird als

als sonstiger wählbarer Bürger
Sheriff Annette

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE wird als

Ratsmitglied
Eschrich Frank

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Walter Markus	Meier Werner

vorgeschlagen.

Der Vorsitzende stellt klar, dass bei den Beisitzern der Rechtsausschüsse keine Stellvertreter gewählt werden, weshalb auch die Beschlussvorlage entsprechend angepasst sei. Die Vorschläge für die Stellvertreter können deshalb nicht berücksichtigt werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE erhält 2 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen – ohne Stellvertreter - (außer Vorschlag der NPD) als Beisitzer in den Stadtrechtsausschuss und in den Rechtsausschuss der ARGE.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.8 Umlegungsausschuss (5 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 17.08.2004.

Als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Umlegungsausschusses wird der Behördenleiter des Vermessungs- und Katasteramtes Pirmasens vorgeschlagen.

Weiterhin werden als Mitglieder des Umlegungsausschusses seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder

Hussong Gerhard

als sonstige wählbare Bürger

Wolle Daniela

Stellvertreter

Tilly Sebastian

seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied

Weiner Thomas

Stellvertreter

Krämer Hermann

als sonstiger wählbarer Bürger

Leiter des Katasteramtes

seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

als sonstiger wählbarer Bürger

Klößner Jochen

Stellvertreter

Grimm Eberhard

seitens der REP-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied

Hinkel Heinz

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag REP) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Umlegungsausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.9 Sportstättenbeirat (6 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 02.09.2009.

Für den Sportstättenbeirat werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder

Tavernar Gino

als sonstige wählbare Bürger

Staller Norbert

Stellvertreter

Geißinger Gerd

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder

Schneider Peter

Stellvertreter

Resch Peter

als sonstige wählbare Bürger

Däuwel Dieter

Stellvertreter

Reiser Mathias

seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

als sonstiger wählbarer Bürger

Petry Andreas

Stellvertreter

Resch Horst

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

als sonstiger wählbarer Bürger

Stegner Jürgen

Stellvertreter

Hinkel Heinz

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied

Walter Markus

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Sportstättenbeirat.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.10 Psychiatriebeirat (1 Mitglied)

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Vorlage des Hauptamtes vom 21.08.2009.

Für den Psychiatriebeirat wird neben dem Sozialdezernenten seitens der CDU-Stadtratsfraktion als Vertreter

Ratsmitglied
v. d. Sand Max

Stellvertreter
Faroß-Göller Katja

vorgeschlagen.

Der Stadt beschließt einstimmig, per Akklamation abzustimmen.

Er wählt mit 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen die Vorgeschlagenen als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Psychiatriebeirat.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.11 Aufsichtsrat der Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (12 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 02.09.2009 und die unter 2.2 Bildung von Ausschüssen eingangs gefassten Beschlüsse (Personenidentität und Abstimmung en bloc).

Für den Aufsichtsrat der Stadtentwicklung Pirmasens GmbH werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Hussong Gerhard	Stretz Norbert
Müller Wolfgang	Kiefer Heidi

als sonstige wählbare Bürger	Stellvertreter
Ackel Michael	Tavernar Gino

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Oden Martin	Adler Bernd
Faroß-Göller Katja	Clauer Denis
Krekeler Susanne	Eder Ulla
Schneider Peter	Linse Julia

seitens der FWB-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Grimm Eberhard	Weber Jochen
Sefrin Stefan	Stilgenbauer Jürgen

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Ebelshäuser Axel	Hinkel Heinz

Seitens der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen wird als gemeinsamer Wahlvorschlag als

Ratsmitglied

Wirth Fritz

Stellvertreter

Eschrich Frank

als sonstiger wählbarer Bürger

Herzog Klaus W.

Meyer Thomas

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied

Walter Markus

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 13 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen.

Der gemeinsame Vorschlag der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Stadtentwicklung Pirmasens GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.12 Aufsichtsrat der Stadtwerke Holding GmbH (12 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 02.09.2009.

Für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Holding GmbH werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Hussong Gerhard	Stretz Norbert
Müller Wolfgang	Kiefer Heidi

als sonstige wählbare Bürger	Stellvertreter
Ackel Michael	Tavernar Gino

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Oden Martin	Adler Bernd
Faroß-Göller Katja	Clauer Denis
Krekeler Susanne	Eder Ulla
Schneider Peter	Linse Julia

seitens der FWB-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Grimm Eberhard	Weber Jochen
Sefrin Stefan	Stilgenbauer Jürgen

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Ebelshäuser Axel	Hinkel Heinz

Seitens der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen wird als gemeinsamer Wahlvorschlag als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Wirth Fritz	Eschrich Frank

als sonstiger wählbarer Bürger

Herzog Klaus W.

Meyer Thomas

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied

Walter Markus

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 13 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen.

Der gemeinsame Vorschlag der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgesprochenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Holding GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.13 Aufsichtsrat der Stadtwerke Versorgungs GmbH (12 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 02.09.2009.

Für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Versorgungs GmbH werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Hussong Gerhard	Stretz Norbert
Müller Wolfgang	Kiefer Heidi

als sonstige wählbare Bürger	Stellvertreter
Ackel Michael	Tavernar Gino

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Oden Martin	Adler Bernd
Faroß-Göller Katja	Clauer Denis
Krekeler Susanne	Eder Ulla
Schneider Peter	Linse Julia

seitens der FWB-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Grimm Eberhard	Weber Jochen
Sefrin Stefan	Stilgenbauer Jürgen

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Ebelshäuser Axel	Hinkel Heinz

Seitens der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen wird als gemeinsamer Wahlvorschlag als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Wirth Fritz	Eschrich Frank

als sonstiger wählbarer Bürger

Herzog Klaus W.

Meyer Thomas

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied

Walter Markus

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 13 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen.

Der gemeinsame Vorschlag der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgesprochenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Versorgungs GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.14 Aufsichtsrat Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH
(12 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom
02.09.2009.

Für den Aufsichtsrat der Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH wer-
den seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Hussong Gerhard	Stretz Norbert
Müller Wolfgang	Kiefer Heidi

als sonstige wählbare Bürger	Stellvertreter
Ackel Michael	Tavernar Gino

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Oden Martin	Adler Bernd
Faroß-Göller Katja	Clauer Denis
Krekeler Susanne	Eder Ulla
Schneider Peter	Linse Julia

seitens der FWB-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Grimm Eberhard	Weber Jochen
Sefrin Stefan	Stilgenbauer Jürgen

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Ebelshäuser Axel	Hinkel Heinz

seitens der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen
wird als gemeinsamer Wahlvorschlag als

Ratsmitglied	Stellvertreter
--------------	----------------

Wirth Fritz

Eschrich Frank

als sonstiger wählbarer Bürger

Herzog Klaus W.

Meyer Thomas

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied

Walter Markus

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 13 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen.

Der gemeinsame Vorschlag der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.15 Aufsichtsrat Rheinberger Verwaltungs GmbH (12 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 02.09.2009.

Für den Aufsichtsrat der Rheinberger Verwaltungs GmbH werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Hussong Gerhard	Müller Wolfgang
Tavernar Gino	Rinck Volker
Stretz Nobert	Kastrop-Pretor Jutta

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Adler Bernd	Kuhn Claudia
Clauer Denis	Linse Julia
Stegner Berthold	Oden Martin
Eder Ulla	Cölsch Marianne

seitens der FWB-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Dr. Schäfer Fritz jr.	Breith Christian
Sefrin Stefan	Weber Jochen

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Hinkel Heinz	Ebelshäuser Axel

seitens der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen wird als gemeinsamer Wahlvorschlag als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Schulze Hermann	Streppel Karola

als sonstige wählbare Bürger
Meyer Thomas

Stellvertreter
Herzog Klaus W.

seitens der NPD wird als

sonstiger wählbarer Bürger
Vogt Marco

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen.

Der gemeinsame Vorschlag der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Rheinberger Verwaltungs GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.16 Aufsichtsrat Rheinberger Besitzgesellschaft mbH (12 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 02.09.2009.

Für den Aufsichtsrat der Rheinberger Besitzgesellschaft mbH werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Hussong Gerhard	Müller Wolfgang
Tavernar Gino	Rinck Volker
Stretz Nobert	Kastrop-Pretor Jutta

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Adler Bernd	Kuhn Claudia
Clauer Denis	Linse Julia
Stegner Berthold	Oden Martin
Eder Ulla	Cölsch Marianne

seitens der FWB-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Dr. Schäfer Fritz jr.	Breith Christian
Sefrin Stefan	Weber Jochen

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Hinkel Heinz	Ebelshäuser Axel

seitens der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen wird als gemeinsamer Wahlvorschlag als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Schulze Hermann	Streppel Karola

als sonstige wählbare Bürger
Meyer Thomas

Stellvertreter
Herzog Klaus W.

seitens der NPD wird als

sonstiger wählbarer Bürger
Vogt Marco

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen.

Der gemeinsame Vorschlag der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Rheinberger Besitzgesellschaft mbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.17 Aufsichtsrat der Bauhilfe Pirmasens GmbH (7 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 01.09.2009

Für den Aufsichtsrat der Bauhilfe Pirmasens GmbH werden vorbehaltlich der Genehmigung des Gesellschaftsvertrages durch den Aufsichtsrat seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Kastrop-Pretor Jutta	Lehnigk Kurt
Stretz Norbert	Tavernar Gino

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Kuhn Claudia	Krämer Hermann
Linse Julia	Stegner Berthold
Resch Peter	Weiner Thomas

seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Breith Christian	Stilgenbauer Jürgen

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird

als sonstige wählbare Bürger	Stellvertreter
Resch Uwe	Ebelshäuser Axel

seitens der NPD wird

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Meier Werner	Vogt Marko

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.
Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.
Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.
Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 4 Stimmen.
Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgesprochenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Bauhilfe Pirmasens GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.18 Aufsichtsrat der Messe- und Veranstaltungs mbH (2 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 24.08.2009.

Für den Aufsichtsrat der Messe- und Veranstaltungs GmbH wird seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Stretz Norbert	Kiefer Heidi

seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Eder Ulla	Adler Bernd

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied
Walter Markus

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält 1 Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Messe- und Veranstaltungs GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.19 Aufsichtsrat der Landeplatz GmbH (1 Mitglied)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 02.09.2009.

Für den Aufsichtsrat der Landeplatz GmbH wird neben dem Oberbürgermeister seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Krämer Hermann	Adler Bernd

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, per Akklamation abzustimmen.

Er wählt bei 4 Enthaltungen die Vorgeschlagenen als Mitglied bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Landeplatz GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.20 Aufsichtsrat der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH (9 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 02.09.2009.

Für den Aufsichtsrat der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Deny Wolfgang	Baas Elfriede
Fremgen Frank	Kiefer Heidi
Rinck Volker	Kastrop-Pretor Jutta

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
Cölsch Marianne	Krekeler Susanne
v. d. Sand Max	Dr. Krämer Walter
Linse Brigitte	Eder Ulla

seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Dr. Dommès Isolde	Dr. Klees Karl-Josef

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

als sonstiger wählbarer Bürger	Stellvertreter
Stegner Jürgen	Resch Uwe

seitens der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Streppel Karola	Schulze Hermann

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
--------------	----------------

Walter Markus

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt mit 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 12 Stimmen.

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der REP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen.

Der gemeinsame Vorschlag der Stadtratsfraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen erhält 6 Stimmen.

Der Vorschlag der NPD erhält keine Stimme.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.21 Verbandsversammlung Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS) (2 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 28.08.2009.

Ratsmitglied Hussong schlägt vor – wie bei anderen Gebietskörperschaften -, auch Vertreter zu benennen.

Der Stadtrat beschließt bei 4 Enthaltungen, Stellvertreter zu wählen.

Für die Verbandsversammlung Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz wird seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Stretz Norbert	Hussong Gerhard

seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
v. d. Sand Max	Stegner Berthold

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, per Akklamation abzustimmen.

Er wählt die Vorgeschlagenen bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen als Vertreter der Stadt in die Verbandsversammlung.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.22 Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Westpfalz (3 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 14.08.2009.

Für die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz werden seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder	Stellvertreter
v. d. Sand Max	Krämer Hermann

seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Deny Wolfgang	Kiefer Heidi

als sonstige wählbare Bürger	Stellvertreter
------------------------------	----------------

seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Sefrin Stefan	Weber Jochen

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt bei 1 Enthaltung, per Akklamation abzustimmen.

Er wählt die Vorgeschlagenen bei 4 Stimmenthaltungen als Vertreter der Stadt in die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.23 Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein – Neckar (ZRN) (1 Mitglied)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 02.09.2009.

Neben dem Oberbürgermeister werden als weitere Vertreter für die Verbandsversammlung Zweckverband Westpfalz Verkehrsverbund seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied
Weiner Thomas

Stellvertreter
Krämer Hermann

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, per Akklamation abzustimmen.

Er wählt die Vorgeschlagenen bei 4 Enthaltungen als Vertreter der Stadt in die Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein – Neckar (ZRN).

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.24 Verleihungspräsidium für den Hugo-Ball-Preis (7 Mitglieder)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 01.09.2009.

Für das Verleihungspräsidium Hugo-Ball-Preis wird seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied
Fremgen Frank

seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird als

sonstiger wählbarer Bürger
Hummel Nortrud

seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird als

sonstiger wählbarer Bürger
Zimmer Hildegunde

seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied
Dr. Klees Karl-Josef

seitens der REP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied
Ebelshäuser Axel

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird als

Ratsmitglied
Streppel Karola

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE wird

Ratsmitglied

Eschrich Frank

seitens der NPD wird als

Ratsmitglied

Walter Markus

vorgeschlagen.

Der Vorsitzende weist den Vorschlag der NPD aus rechtlichen Gründen, da nur Fraktionen vorschlagsberechtigt sind, zurück.

Der Stadtrat beschließt bei 1 Gegenstimme, per Akklamation abzustimmen.

Er wählt die Vorgeschlagenen (außer Vorschlag der NPD) mit 1 Gegenstimme als Mitglieder in das Verleihungspräsidium des Hugo-Ball-Preises.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.25 Kuratorium Dr. med. Klaus Wolf-Stiftung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 01.09.2009.

Für das Kuratorium der Dr. med. Klaus Wolf-Stiftung wird als Beauftragte des Stadtrates der Stadt Pirmasens

Frau Helga Knerr

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt, per Akklamation abzustimmen.

Er benennt die Vorgeschlagene bei 1 Enthaltung als Vertreterin der Stadt in das Kuratorium der Dr. med. Klaus Wolf-Stiftung.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

2.2.26 Koordinationsrat Dynamikum

Der Vorsitzende teilt mit, die Vertreter der Stadt im Koordinationsrat seien auf Vorschlag des Kulturausschusses zu wählen. Diese Vorschläge stünden noch aus. Er schlägt deshalb vor, die Vorlage zurückzustellen.

Der Stadtrat beschließt dies einstimmig.

2.2.27 Patientenfürsprecher

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage des Hauptamtes vom 01.09.2009 und merkt an, im Ältestenrat sei festgelegt worden, einen Stellvertreter zu benennen.

Für das Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird als Patientenfürsprecher seitens der CDU-Stadtratsfraktion

als sonstiger wählbarer Bürger
Hemmer Emil

seitens der SPD-Stadtratsfraktion wird als stellvertretender Patientenfürsprecher

als Ratsmitglied
Kiefer Heidi

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, per Akklamation abzustimmen.

Er wählt die Vorgeschlagenen bei 1 Enthaltung vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates als Patientenfürsprecher bzw. stellvertretender Patientenfürsprecher für das Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Anmerkung der Protokollführung:

Von 17.05 – 17.20 Uhr, 17.35 – 17.45 Uhr und von 18.00 – 18.35 Uhr (Durchführung der Einwohnerfragestunde) wurde die Beratung des Tagesordnungspunktes unterbrochen.

3. Punkt der Tagesordnung:

=====

Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht
Speyer und beim Landessozialgericht Rheinland-Pfalz (BV-Nr. 30/10.1)

Der Vorsitzende bittet, die Vorschlagslisten der Stadtratsfraktionen bekannt zu geben:

Von der CDU-Stadtratsfraktion wird für das Sozialgericht Speyer

Herr Clauer Denis

von der SPD-Stadtratsfraktion wird

Frau Kastrop-Pretor Jutta

vorgeschlagen

Von der CDU-Stadtratsfraktion wird für das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz

Herr van de Sand Max

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt bei 1 Enthaltung einstimmig, die genannten Personen in die
Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Speyer und
beim Landessozialgericht Rheinland-Pfalz aufzunehmen.

4. Punkt der Tagesordnung:

=====

Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan 2009

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern übersandte Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan 2009.

Er erklärt:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der erste doppische Nachtragshaushalt der Stadt Pirmasens.

Durch eine Steigerung der Erträge und eine Verminderung der Aufwendungen konnte der Fehlbetrag im Ergebnishaushalt um rd. 2,6 Mio. € von 39,2 auf knapp 36,6 Mio. € zurückgeführt werden. Dieses erfreuliche Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem Saldo folgender Verbesserungen und Verschlechterungen:

- Schlüsselzuweisungen, Steuern und Zinsen

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist um 1,4 Mio. € zurückgegangen. Es konnten jedoch größere Einbußen vermieden werden durch Verbesserungen bei den Schlüsselzuweisungen von 2,4 Mio. €. Zudem haben wir Zinseinsparungen von 2 Mio. € zu verzeichnen, die auf die aktuell guten Kapitalmarktkonditionen, aber auch auf das aktive Zinsmanagement im Bereich Liquiditätskredite zurückzuführen sind.

Bei der Gewerbesteuer gehen wir nach wie vor davon aus, dass der Ansatz von 15,5 Mio. € trotz Finanz- und Wirtschaftskrise bis zum Jahresende erreicht wird. Aktuell liegt das Aufkommen bei rd. 14,5 Mio. €. Sollten sich im Laufe des restlichen Jahres noch gravierende Veränderungen nach oben oder nach unten abzeichnen, werden wir zeitnah berichten.

- Soziales

Für die zweite Jahreshälfte wird bei der Arbeitsgemeinschaft „Jobbörse“ mit einem Anstieg von 200 auf dann 3.000 Bedarfsgemeinschaften kalkuliert, so dass sich hier die Kosten der Unterkunft erhöhen und damit Mehrkosten von knapp 400.000 € veranschlagt werden müssen.

Beim Jugendamt macht sich im Bereich Kindergärten und Kindertagesstätten der Rückgang der Kinderzahlen bemerkbar. Die Zuweisungen vom Land für Elternbeiträge gingen zurück, und es mussten dadurch Abrechnungen bei den Personalkostenzuschüssen nach unten korrigiert und zurückgezahlt werden, was eine Verschlechterung von rd. 130.000 € ausmacht.

➤ Kommunal-Kombi

Über dieses Arbeitsmarktprogramm konnten bei uns bis jetzt insgesamt 91 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt werden. Die Einsätze konzentrierten sich hauptsächlich auf die Bereiche Innenstadt, Dynamikum und Strecktal und haben dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Sauberkeit in der Stadt und zur Verschönerung des Stadtbildes geleistet. Für ihre besonderen Leistungen möchte ich allen Beschäftigten an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Die Zuweisungen von Bund und Land fielen um rd. 150.000 € geringer aus, da weniger Maßnahmen als ursprünglich geplant durchgeführt wurden. Dadurch bedingt wurden jedoch Personalkosten von rd. 200.000 € eingespart, so dass im Saldo eine Verbesserung von 50.000 € verbleibt.

➤ Schulen

Durch den Umzug der Deutschen Schuhfachschule in das Gebäude des ISC musste ein Ansatz „Betriebskostenzuschüsse“ von 85.000 € neu in den Haushalt aufgenommen werden. Jedoch werden durch die Schließung des bisherigen Gebäudes der DSF bei verschiedenen Buchungsstellen Einsparungen von insgesamt rd. 100.000 € erzielt, was sich im Rechnungsabschluss entsprechend niederschlagen wird.

➤ Brandschutz

Aufgrund der Brandschutzvorschriften der Unfallkasse Rheinland-Pfalz muss die Feuerwehr mit neuen Stiefeln in einer Größenordnung von 10.000 € ausgestattet werden.

Das waren die wesentlichen Veränderungen im Ergebnishaushalt.

Im Finanzhaushalt werden die Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit um rd. 10,2 Mio. € zurückgeführt und dem tatsächlichen Finanzbedarf für das restliche Haushaltsjahr angepasst. Diese Vorgehensweise resultiert aus dem Kassenwirksamkeitsprinzip, was bedeutet, dass die Haushaltsansätze in ihrer Höhe den tatsächlichen noch in diesem Jahr zu leistenden Ausgaben entsprechen müssen. Die strengere Beachtung die-

ses Grundsatzes hat auch die Aufsichtsbehörde in ihrem Genehmigungsschreiben zum diesjährigen Haushalt eingefordert.

Aus diesem Grund sehen Sie im Nachtragshaushalt bei einer Reihe von Investitionen verminderte Beträge, wie beispielsweise im Straßen- und Schulbereich, beim Energiepark Winzeln, der Alten Post und der Sanierung des Hauptbahnhofgebäudes. Das bedeutet natürlich nicht, dass insgesamt der Investitionsbedarf gekürzt wird. Es wird jeweils eine Neuveranschlagung in den kommenden Jahren nach dem Fortgang der Baumaßnahme und der Sicherstellung der Finanzierung erfolgen.

Neu aufgenommen wurde ein Ansatz für die Einrichtung des Ratssaals mit 35.000 € im Finanzhaushalt (plus 6.000 € für Besucherstühle im Ergebnishaushalt). Wie Sie wissen, hat der „Zahn der Zeit“ stark an der alten Möblierung genagt. Zudem ist durch die Vergrößerung der Ausschüsse neuer Ausstattungs- und Platzbedarf entstanden.

Für das grenzüberschreitende Projekt Rückenwind – der geplante Radwegeausbau in Kombination mit einem Verleihsystem für elektrische Fahrräder – wurde vorsorglich eine Verpflichtungsermächtigung von 703.000 € aufgenommen. Hier soll neben der 50 %-Bezuschussung durch die EU noch eine weitere Finanzierung durch das Land erfolgen. Ich werde mit meinem Kollegen Dr. Weichel, dem Oberbürgermeister der Stadt Kaiserslautern, demnächst die entsprechenden Gespräche beim Land führen. Sobald die Refinanzierung durch die EU und das Land geklärt ist, werden die Haushaltsansätze entsprechend angepasst. Die Stadt Zweibrücken ist leider aus dem gemeinsamen Projekt ausgestiegen. Ziel ist, den Tourismus in der Region zu stärken. Deshalb sind nach Verwirklichung des ersten Projektabschnitts weitere Partner herzlich willkommen.

Die Generalsanierung der Wasgauhalle wird nicht wie geplant über das Konjunkturprogramm II gefördert. Für das Jahr 2009 wurde deshalb der Ansatz auf 160.000 € gekürzt, um notwendige Planungen finanzieren zu können. Eine Zuschussung über Sportfördermittel des Ministeriums des Innern und für Sport wurde für das Jahr 2010 beantragt.

Die Generalsanierung der Turnhalle des Kant-Gymnasiums soll im nächsten Jahr durchgeführt werden. Deshalb wurde für 2009 eine Anpassung des Ausgabebedarfs vorgenommen.

Das Thema Brandschutz wird uns haushaltsmäßig in den nächsten Jahren stark in Anspruch nehmen und besonders im Schulbereich zu hohen Belastungen führen. Wir verfügen leider weder über den notwendigen Personalbestand noch über ausreichend finanzielle Mittel, um alle festgestellten Mängel sofort und gleichzeitig beseitigen zu kön-

nen. Aber die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte steht für uns selbstverständlich an erster Stelle und es ist deshalb keine Frage, dass wir den Anforderungen an Brandschutz und Schadstoffbeseitigung erste Priorität einräumen. Dies ist in einer internen Anweisung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hochbauamtes von Dezernent Schieler auch bereits verfügt worden. Nach unserem Konzept stehen dann an zweiter Stelle Energieeinsparungsmaßnahmen und unter Priorität 3 sind die sonstigen Maßnahmen einzuordnen. Aus diesen Gründen kann es in der nächsten Zeit zu Problemen bei der Umsetzung von baulichen Anforderungen in allen Bereichen kommen. Wegen der hohen Priorität des Themas „Sicherheit“ bitte ich deshalb um Verständnis.

Nach einer mit dem Brandschutz abgestimmten Prioritätenliste wollen wir sukzessive alle Schulen und anschließend auch die sonstigen öffentlichen Gebäude auf den geforderten Stand bringen.

Entsprechend ist der Ausgabebedarf für das Jahr 2009 für Brandschutz beim Kant-Gymnasium und bei der BBS veranschlagt.

Für die Sanierung der „Alten Post“ wurde der Ausgabeansatz auf das Jahr 2009 angepasst und auf 500.000 € reduziert. Die planerische Detailarbeit zur Umsetzung des vom Stadtrat beschlossenen Konzeptes ist sehr akribisch in den letzten Monaten mit den tangierten Architekten und Fachplanungsbüros betrieben worden. Mitte September werden die ersten Ausschreibungen veröffentlicht, so dass mit den Bauarbeiten gegen Jahresende begonnen werden kann.

Der Kunstrasenplatz des FC Fehrbach wird 10.000 € teurer und es wurde eine entsprechende Anpassung des Ausgabeansatzes auf 214.000 € vorgenommen.

Damit habe ich Ihnen die wesentlichen Veränderungen beim Finanzhaushalt dargestellt.

Im Hauptausschuss hat am 31.08.2009 eine Vorberatung stattgefunden mit der Empfehlung an den Stadtrat, den Nachtrag 2009 so zu beschließen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!"

Ratsmitglied Burkhardt erinnert daran, dass seine Fraktion bereits dem Haushalt 2009 nicht zugestimmt habe. Zu den Gründen verweist er auf seine Haushaltsrede. Die Ablehnung des Nachtrags sei nun die logische Konsequenz.

Ratsmitglied Stretz merkt an, die Verschiebungen zwischen den einzelnen Posten verschönerten zwar das Ergebnis, änderten aber nichts an der schlechten Gesamtsituation des Haushaltshalts. Er mahnt, bei der nächsten Haushaltsaufstellung müsse man in allen Bereichen kürzer treten.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Enthaltungen gegen 4 Stimmen mehrheitlich die Nachtragshaushaltssatzung (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) mit Nachtragshaushaltsplan 2009 und Nachtragsstellenplan.

5. Punkt der Tagesordnung:

=====

Vollzug des Baugesetzbuches; Aufstellung des Bebauungsplanes P 184

„Emil-Kömmerling-Straße“

1. Beschluss über die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
2. Beschluss über die Ergebnisse der Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB)
3. Satzungsbeschluss nach § 10 BauGB (BV-Nr. 33/61)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 20.07.2009 und die einstimmige Empfehlung des Hauptausschusses.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB am Bebauungsplan P 184 „Emil-Kömmerling-Straße“ keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die Ergebnisse der Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan P 184 „Emil-Kömmerling-Straße“ wird gemäß Empfehlung der Verwaltung entschieden. Eine Änderung der Festsetzungen des Bebauungsplanes ist nicht erforderlich.
3. Der Bebauungsplan P 184 „Emil-Kömmerling-Straße“ – bestehend aus Planzeichnung, textlichen Festsetzungen und Begründung – wird in der der Beschlussvorlage zugrunde liegenden Fassung vom 14.07.2009 beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung anzupassen.

6. Punkt der Tagesordnung:

=====

Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe
Erneuerung Kanal 826 (Strecktal) (BV-Nr. 17/66.3)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbaus vom 22.07.2009 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Hauptausschusses.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Mittel in Höhe von 460.000,00 € für die Finanzierung des Kostenvoranschlages für den Kanalneubau 826 (Strecktal) sind im Sonderhaushalt des Abwasserbeseitigungsbetriebes bei Auftrags-Nr. 04210302590 durch Freiwerden von Mitteln bei Auftrags-Nr. 04210302580 (Kanalumbau Bismarckstraße) in Höhe von 460.000,00 € brutto bereitzustellen.

7. Punkt der Tagesordnung:

=====

Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO;

Weisung an die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der

7.1 Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH

7.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2008 (BV-Nr. 10/54)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH vom 14.07.2009.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Jahresabschluss 2008 der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird genehmigt.

7.1.2 Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2008
(BV-Nr. 11/54)

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Vorlage der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH vom 13.07.2009, die den Ratsmitgliedern mit der Ladung zugestellt wurde.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Die Gesellschafterversammlung erteilt der Geschäftsführung der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH Entlastung für das Geschäftsjahr 2008.

7.1.3 Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2008
(BV-Nr. 12/54)

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Vorlage der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH vom 14.07.2009, die den Ratsmitgliedern mit der Ladung zugestellt wurde.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Die Gesellschafterversammlung erteilt dem Aufsichtsrat der Städt. Krankenhaus Pirmasens gGmbH Entlastung für das Geschäftsjahr 2008.

An der Beratung und Beschlussfassung haben gemäß § 22 GemO nicht teilgenommen und im Zuhörerraum Platz genommen: Cölsch Marianne, Fremgen Frank, Dr. Klees Karl-Josef, Linse Brigitte, Rinck Volker, van de Sand Maximilian, Schulze Hermann sowie Bürgermeister Scheidel.

7.2 Bauhilfe Pirmasens GmbH

7.2.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2008 (BV-Nr. 14/200)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern übersandte Vorlage der Bauhilfe Pirmasens GmbH vom 23.07.2009.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Jahresabschluss 2008 der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

Bilanzsumme	35.428.269,37 €
-------------	-----------------

Der Jahresfehlbetrag 2008 in Höhe von ist durch eine gleichhohe Entnahme aus der Bauerneuerungsrücklage auszugleichen.	463.744,18 €
--	--------------

7.2.2 Entlastung des Geschäftsführers für das Geschäftsjahr 2008
(BV-Nr. 15/200)

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die allen Ratsmitgliedern übersandte Vorlage der Bauhilfe Pirmasens GmbH vom 23.07.2009.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Geschäftsführer der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.

7.2.3 Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2008
(BV-Nr. 16/200)

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die allen Ratsmitgliedern übersandte Vorlage der Bauhilfe Pirmasens GmbH vom 23.07.2009.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Aufsichtsrat der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.

An der Beratung und Beschlussfassung haben gemäß § 22 GemO nicht teilgenommen und im Zuhörerraum Platz genommen Kuhn Claudia, Resch Peter, Kastrop-Preter Jutta, Krämer Hermann, Stegner Berthold, Stretz Norbert, Tavernar Gino sowie Beigeordnete Knerr Helga.

7.3 Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH

7.3.1 Projekt Edison, Beteiligungserwerb an der Thüga AG (BV-Nr. 10/54)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Vorlage der Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH vom 27.08.2009.

Er weist die Ratsmitglieder nochmals auf die von Herrn Kreibich abgegebene Vertraulichkeitserklärung hin.

Den aktuellen Sachstand fasst er wie folgt zusammen:

Die Thüga AG halte Beteiligungen an den Stadtwerken und stehe selbst unter dem E.ON Konzern. E.ON wolle die Thüga aus kartellrechtlichen Gründen nun verkaufen.

Es sei zu befürchten, dass im Falle eines Verkaufs der Thüga an einen Finanzinvestor das gute Verhältnis zwischen Stadtwerken und Thüga leiden würde. Die Stadtwerke profitierten u.a. in erheblichem Umfang von kostenloser Beratung in Rechts- und betriebswirtschaftlichen Fragen.

Die KOM9-Gruppe bestehe aus ca. 50 Werken aller Größenordnungen. Die Rendite der Beteiligung betrage in etwa 8 % bei einem Kapitaleinsatz von 6 Mio. €.

Ratsmitglied Eschrich erklärt, die Fraktion DIE LINKE lehne den Erwerb einer Beteiligung ab. Entscheidend sei für ihn die fehlende Gewährleistung, dass der kommunale Einfluss bei der Thüga gewahrt werden könne. Die Rendite sei aufgrund der Finanzkrise nicht langfristig prognostizierbar. Sein Bestreben sei es, die Rekommunalisierung der Stadtwerke Pirmasens und somit den kommunalen Einfluss auf die Werke dauerhaft zu gewährleisten.

Der Vorsitzende weist auf die differenzierte Haltung zu diesem Thema innerhalb der Partei DIE LINKE hin. Die Fraktion DIE LINKE in Kaiserslautern habe sich z.B. für eine Beteiligung ausgesprochen.

Ratsmitglied Schulze sagt die Unterstützung seiner Fraktion unter den Bedingungen zu, dass sich der Kauf weder auf den Strompreis noch auf die

sonstige Investitionstätigkeit, insbesondere im Bereich der regenerativen Energien, auswirke und dass die kommunale Ausrichtung der Thüga erhalten bleibe.

Der Vorsitzende erklärt, es bestehe nicht die Gefahr, dass die Mehrheit der Thüga-Anteile zurückgehalten und an Private verkauft würde.

Für die NPD erklärt Ratsmitglied Walter die Übereinstimmung mit den Ausführungen von Ratsmitglied Eschrich. Sein Anliegen sei es, die Stromlieferung in den kommunalen Besitz zurückzuführen.

Ratsmitglied Oden merkt an, der Aufsichtsrat habe sich mit dem Kauf intensiv beschäftigt. Er sehe im Wesentlichen zwei Gründe, die für den Kauf sprechen würden. Dies seien zum Einen die vielen kommunalen Träger in der Thüga, die sicherstellten, dass die kommunalen Interessen verstärkt verfolgt würden. Zum Anderen könne die Nettoendite dazu beitragen, die Existenz von ÖPNV und Plub dauerhaft zu sichern. Seine Fraktion werde der Beschlussvorlage deshalb zustimmen.

Ratsmitglied Ebelshäuser bezieht sich auf die Ausführungen seines Vorredners und stimmt diesen zu. Er teilt mit, seine Fraktion werde der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen. Ausschlaggebend hierfür sei die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre und die Kompetenz der Thüga.

Ratsmitglied Sefrin schließt sich ebenfalls den Ausführungen von Ratsmitglied Oden an.

Auch seine Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen, so Ratsmitglied Hussong. Der Erwerb der Beteiligung sei eine Stärkung des kommunalen Einflusses. Denjenigen, die gegen die Beschlussvorlage stimmen würden, werfe er vor, sich nicht richtig mit der Materie beschäftigt zu haben, da die Beteiligung an der Thüga nur Vorteile biete. Die Erträge aus der Beteiligung flössen in Leistungen, die anders nicht finanzierbar seien.

Ratsmitglied Dr. Krämer spricht sich ebenfalls für den Erwerb aus. Er sehe darin entscheidende Vorteile für die Stadt und ihre Bürger. Außerdem ergebe sich ein größerer finanzieller Spielraum für den ÖPNV und das Plub.

Ratsmitglied Walter zweifelt daran, dass durch die Beteiligung tatsächlich

Erträge erwirtschaftet werden können. Er gehe vielmehr davon aus, dass es in zwei bis drei Jahren aufgrund der Wirtschaftskrise und geringerem Stromverbrauch zu Verlusten kommen werde. Außerdem befürchte er bei einem Abstoß der Thüga einen Wertverlust. Die NPD spreche sich deshalb gegen einen Erwerb der Anteile aus.

Ratsmitglied Oden merkt an, hier gehe es allein darum, was für die Stadt gut sei. Die kommunale Energieversorgung sei durch die Beteiligung nicht gefährdet.

Der Stadtrat beschließt gegen 3 Stimmen mehrheitlich:

An den jeweiligen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP).

Die Geschäftsführung wird ermächtigt, sich am Erwerb der Thüga AG über die KOM9 GmbH & Co. KG mit einem Kapitalanteil von 6 Mio € bei einem max. Kaufpreis von 3,05 Mrd. € zu beteiligen, vorbehaltlich der Zustimmung der Genehmigungs- und Kartellbehörde.

7.4 Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH

7.4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Tischvorlage des Hauptamtes vom 04.09.2009.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An den jeweiligen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH.

§ 8 Abs. 7 des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Versorgungs GmbH wird wie folgt neu gefasst:

- „7. Bis zu Beginn der neuen Amtszeit des Rats der Stadt Pirmasens im Jahr 2014 hat der Aufsichtsrat 17 Mitglieder. Mitglieder des von der Gesellschafterversammlung bestellten Aufsichtsrates sind
- der Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens bzw. der Beigeordnete, wenn diesem der entsprechende Geschäftsbereich zugeordnet wurde.
 - der jeweils Vorsitzende des Betriebsrats der Holding GmbH, als dessen Vertreter der Stellvertreter des Vorsitzenden des Betriebsrats sowie weitere fünfzehn Mitglieder, davon
 - zwölf vom Rat der Stadt Pirmasens vorgeschlagen
 - zwei von der Thüga vorgeschlagen sowie
 - eins von der Enovos vorgeschlagen.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Absätze 3 bis 6 sinngemäß.

8. Punkt der Tagesordnung:

=====

Beteiligung an der Finanzierung der Planungskosten für den Ausbau des Knotens Mannheim – Heidelberg als Sonderumlage des ZRN (BV-Nr. 41/61)

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 27.08.2009 und fasst kurz zusammen:

Es gebe ein einheitliches Gebiet des ZRN. Der Ausbau des S-Bahn Knotens Mannheim – Heidelberg werde den Verkehr erheblich entlasten, sowohl nach Osten als auch nach Norden. Der Großteil der Kosten werde aus der dortigen Region finanziert.

Ratsmitglied Walter erklärt, es gehe hier nicht nur um 5.600 €. In der Folge würden noch wesentlich höhere Kosten entstehen. Die Stadt Pirmasens bzw. die Bürger hätten in keiner Weise irgendeinen Nutzen aus dieser Maßnahme.

Der Vorsitzende entgegnet, jeder, der Bahn fahre, werde das Gegenteil feststellen.

Ratsmitglied Weiner merkt an, auf Wunsch der Bürger habe man sich bemüht, zu diesem Verkehrsverbund zu kommen. Die Finanzierung des Ausbaus werde sich über längere Zeit erstrecken. Der städt. Anteil sei vergleichbar bescheiden. Fest stehe, dass alle Bürger aus dem Ausbau des Knotens profitieren werden.

Der Stadtrat beschließt bei 1 Stimmenthaltung einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der auf die Stadt Pirmasens entfallenden ZRN-Sonderumlage in Höhe von 5.694,00 € zur Finanzierung der Planungskosten Leistungsphasen 1 – 4 HOAI für den Ausbau des Knotens Mannheim – Heidelberg zu.

9. Punkt der Tagesordnung:

=====

Anträge der Fraktionen

- 9.1 Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 18.08.2009;
betr.: Beschwerdemanagement bei Jobbörse Pirmasens einrichten
- 9.2 Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 18.08.2009;
betr.: Kommunale Schulbeihilfe einführen
- 9.3 Stadtratsfraktion DIE LINKE vom 18.08.2009;
betr.: Minderung der Treibhausgasemissionen in Pirmasens

Wegen der fortgeschrittenen Beratungsdauer beantragt Ratsmitglied Oden, die Anträge abzusetzen und in einer der nächsten öffentlichen Sitzungen des Hauptausschusses aufzurufen.

Ratsmitglied Wirth erklärt, bei dem Antrag TOP 9.3 laufe eine Frist ab (25.09.2009), und zwar gehe es dabei um den Wettbewerb „Emissionsfreie Mobilität in Kommunen“. Es sei deshalb erforderlich, diesen Antrag in der nächsten Hauptausschusssitzung am 14.09.2009 zu beraten.

Er kritisiert, dass sich die Stadt Pirmasens an Versammlungen des Klimabündnisses nicht beteilige.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Absetzung des TOP 9 und die Behandlung in der nächsten Hauptausschusssitzung am 14.09.2009.

10. Punkt der Tagesordnung:

=====

Anfragen der Ratsmitglieder

10.1 Übersendung der Sitzungsunterlagen

Ratsmitglied Walter teilt mit, die Unterlagen für die Ratssitzungen würden laut Geschäftsordnung vier Tage vor der Sitzung zugestellt. Dieser Zeitraum sei für eine ordnungsgemäße Bearbeitung zu kurz. Zumal die NPD in keinen Ausschüssen und somit auch nicht bei den Vorberatungen vertreten sei. Er bittet, die Unterlagen frühzeitiger zuzusenden.

Der Vorsitzende merkt an, laut Gemeindeordnung sei es ausreichend, nur die Tagesordnung ohne weitere Unterlagen zu übersenden. Er teilt weiter mit, es stehe Herrn Walter als Ratsmitglied das Recht zu, jederzeit an Ausschusssitzungen ohne Stimmrecht teilzunehmen.

10.2 Abriss Herrenhaus Felsenbrunnerhof

Ratsmitglied Dr. Klees bittet mitzuteilen, um welches wertvolle Abrissmaterial, das dem Museum der Stadt Pirmasens zur Verfügung gestellt werden sollte, es sich handele.

Der Vorsitzende teilt mit, Vertreter der Denkmalpflege und Frau Wittmer hätten das Anwesen besichtigt. Es handele sich um eine historische Holzverkleidung und einen Einbauschränk. Zu gegebener Zeit werde er weiter informieren.

10.3 Verlagerung bzw. Schließung von US-Dienststellen

Ratsmitglied Deny teilt mit, bei den US-Streitkräften arbeiteten in den Jahren 1989/90 allein in Pirmasens 2.800 Zivilbeschäftigte in 11 Dienststellen und verkörperten damit den größten Arbeitgeber in der Region.

Wir erleben seit dieser Zeit, im Gegensatz zu anderen Standorten, einen

schleichenden Truppenabbau, was zur Folge habe, dass die Empörung über den Verlust von Arbeitsplätzen eher moderat ausfiele.

Heute seien am Standort Pirmasens noch drei Dienststellen, das Medical Center mit ca. 310 bis 320 Zivilbeschäftigten, die Maintenance Activity Pirmasens (MAP) mit ca. 116 Zivilbeschäftigten und der Calibration in der Zeppelinstraße mit 46 zivilen Arbeitsplätzen.

Die Sorge gelte den noch ca. 470 zivilen Arbeitsplätzen, insbesondere deshalb, weil seit Jahren der Standort Pirmasens immer wieder in der Diskussion sei, wenn es um Schließung bzw. Verlagerung von US-Dienststellen gehe.

Er fragt an, ob der Verwaltung Hinweise darüber bekannt seien, dass in Pirmasens weitere US-Dienststellen verlagert (Kaiserslautern, Ramstein) oder gar geschlossen werden sollen?

Wenn ja, in welchem zeitlichen bzw. personellen Umfang?

Weiter fragt er, ob die Verwaltung im Dialog mit der Standortverwaltung (Standortkommandeur bzw. Betriebsvertretung) sei und welche Intention die Verwaltung hierbei verfolge?

Der Vorsitzende erklärt, vorrangig sei der Erhalt der Streitkräfte am Ort. Es bestehe regelmäßiger Kontakt mit der Standortverwaltung und daraus hätten sich keine konkreten Anhaltspunkte für eine Verlagerung bzw. Schließung ergeben. Er werde jedoch über das Innenministerium klären, ob es entsprechende Hinweise gebe.

Beabsichtigt sei allerdings eine Verlagerung der Dienststelle in der Zeppelinstraße nach Kaiserslautern.

10.4 Strecktalpark

Ratsmitglied Krekeler bittet zu prüfen, ob für den Bereich des Strecktalparks als zusätzliches Freizeitangebot, insbesondere für Familien mit Kindern, ein Verleih von Gokarts, Elektro- und Tretautos (auch Mehrsitzer für die ganze Familie) eingerichtet werden könne.

Entsprechendes Bildmaterial von einem ähnlichen Angebot in de Haan, Bel-

gien, wird von ihr übergeben.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

10.5 Waldfriedhof – Eingang Fumbach

Ratsmitglied Bayer berichtet, der Zugang zum Waldfriedhof aus Richtung Fumbach sei steil und mit Splitt/Schotter belegt. Hier bestehe für ältere und gehbehinderte Benutzer Sturzgefahr.

Er bittet zu überprüfen, ob der Weg befestigt und mit einem Geländer ausgestattet werden könne.

Der Vorsitzende sagt eine Überprüfung zu.

10.6 „Arbeit“ des Ausländerbeirates

Ratsmitglied Burkhardt berichtet, bei der zurückliegenden Sitzung des Stadtrates im Juli d.J. wurde u.a. eine neue Satzung für den sog. „Beirat für Migration und Integration“, den bisherigen Ausländerbeirat, mehrheitlich verabschiedet.

Entgegen jeglicher Fakten, welche grundsätzlich gegen die Einrichtung eines solchen Gremiums sprechen, wiederholten alle „Multi-Kulti-Fraktionen“ einhellig, wie wertvoll und wichtig das bisherige Wirken des Ausländerbeirates angeblich gewesen sei.

Abgesehen davon, dass von diesem vermeintlichen „Wirken“ in der öffentlichen Wahrnehmung nichts angekommen ist, konnte auch keiner der Befürworter des umbenannten Ausländerbeirates auch nur ein einziges Argument für dessen Existenz oder über dessen angeblich so wertvolle „Arbeit“ vorbringen. Es blieb (wie üblich) bei einigen nichtssagenden Allgemeinplätzen.

Er fragt an:

1. Welche konkreten Projekte oder Tätigkeiten hat der Ausländerbeirat in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode denn durchgeführt und wo lag der jeweilige Sinn dieser Maßnahmen?
2. Wurden durch den Ausländerbeirat irgendwelche Aktivitäten an den Tag gelegt, welche nicht durch den Verwaltungsapparat oder andere bereits bestehende Organisationen oder Initiativen hätten abgedeckt werden können?
3. Wie hoch beliefen sich insgesamt alle durch den Ausländerbeirat in der ablaufenden Wahlperiode angefallenen Kosten (welche die Steuerzahler zu tragen haben) etwa durch Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigungen, Geschäftsführungskosten, Raummieten, Porto Druckerzeugnisse (Prospekte) usw.?
4. Inwiefern hat der Ausländerbeirat überhaupt eine Existenzberechtigung bzw. politische Legitimation, wenn die Wahlbeteiligung für dieses Gremium sich in der Regel nur bei etwa einem Zehntel der Wahlberechtigten bewegt und die durch den Ausländerbeirat angeblich vertretene Klientel mit diesem Desinteresse überdeutlich ihre Ablehnung dieses Gremiums demonstriert?

Der Vorsitzende sagt eine Beantwortung zu.

10.7 Folgen wiederholter Unwetterschäden im Strecktal

Ratsmitglied Hinkel berichtet, ein Bürger, der im Strecktal einen Garten besitze, habe auf Missstände hingewiesen, welche im Zusammenhang mit seinem Grundstück aufgetreten seien. Er selbst will lediglich eine ungehinderte Zufahrt zu seinem Garten und habe diesbezüglich eine offizielle Anfrage an den Oberbürgermeister gerichtet.

Die Antwort des Oberbürgermeisters fiel dahingehend aus, dass er es selbst veranlasst habe, dass die Zufahrt für Anlieger und Versorgungsfahrzeuge von den Fachabteilungen hergerichtet worden sei. Dies entsprach jedoch auch nach Wochen noch nicht der Wahrheit. Eine weitere Anfrage in dieser Sache sei seitens der Verwaltung gar nicht mehr beantwortet worden.

Die uns in dieser Angelegenheit übergebenen Bilder über die Verhältnisse „vor Ort“ werfen darüber hinaus aber noch weitere Fragen auf.

Vor dem Umbau des Tales zu einem Park und dem Bau des Rückhaltebeckens gab es unterhalb der Brücke auf der linken Talseite bei der Weggabelung eine unterirdische Mischkammer (ca. 4 x 5 m). Auf den beiden gegenüberliegenden Seiten mündeten seitlich versetzt Kanalrohre, die bei plötzlich auftretendem Starkregen Hochdruck führten.

Durch den seitlich versetzten Wassereintritt und die offene Austrittsöffnung der Mischkammer von ca. 2,5 x 2,5 m strömte das Wasser ungehindert und rückstaufrei als offener Kanal in Richtung der Kläranlage ab.

Bei den Baumaßnahmen wurden die beiden Rohre direkt zusammengeführt und mit einem seitlichen Anschlussrohr an das neue Rückhaltebecken angeschlossen. Durch diesen Umbau treffen die Wasserströme nun direkt aufeinander und können durch das zu enge Abflussrohr nicht schnell genug abfließen.

Hierdurch entsteht bei starkem Regen ein extremer Rückstau in Richtung Stadtmitte. Der Rückstaudruck ist in Höhe der Streckbrücke so hoch, dass Kanaldeckel wiederholt regelrecht weggesprengt wurden. Anlieger haben dort schon Wassersäulen von mehreren Metern beobachtet.

Schon beim ersten Starkregen nach dem Umbau wurde die gesamte Talsohle (von der Brückenlinie bis zum Auslauf des Rückhaltebeckens) von den Wassermassen, die aus den Schächten strömten, verwüstet.

Bachauskleidung aus Naturstein, Geotextilaukleidung usw. wurden mit jedem Regen bis zum völligen Verschwinden abgespült, obwohl ständig aufwendige Bauarbeiten durchgeführt wurden. So wurden auch die Kanaldeckel mehrfach gewechselt, verschweißt, verschraubt und letztlich mit Klappdeckeln versehen.

Im Ergebnis wurden die Deckel sogar mit den oberen Schachtringen herausgerissen und das Wasser tritt neben der Straße schwallartig aus dem Erdreich heraus. Die Straße wird mehr und mehr unterspült und bricht in Teilen bereits ab. Das Tal steht bei Starkregen regelmäßig unter Wasser und die Böschungen werden weggespült. Es sind auch bereits mehrere Meter tiefe Krater entstanden.

Besonders bemerkenswert sind die Absperrung des linken Weges mit Gabionen sowie die nachträgliche Errichtung einer Sandsteinkaskade als Ableitung für die Wassermassen zurück in das alte Bachbett. Durch die Gabionen ist nun der Weg zu verschiedenen Grundstücken weitestgehend versperrt. Bewirkt haben diese Gabionen lediglich, dass das Wasser nun etwa 5 m früher

in das alte Bachbett geleitet wird und nun dort die Böschung wegspült.

Aus Presseberichten konnte geschlossen werden, dass das Fassungsvermögen des Regenrückhaltebeckens eigentlich ausreichend für die auftretenden Wassermassen sein müsste. Es müsste jedoch hinterfragt werden, ob die erstellte Anlage mit den zusammengeführten Rohren die fachlich richtige Lösung war. Die Folgen dieser vermutlichen Fehlkonstruktion dürften der Verwaltung sowohl durch die ständigen Erd- und Reinigungsarbeiten als auch durch die Beschwerden der Anlieger bekannt sein. Einige dieser Anlieger können aufgrund der angelegten Gabionen nun ihre Grundstücke nicht mehr mit dem Wagen erreichen und warten trotz erfolgter Ankündigung des Oberbürgermeisters noch heute auf eine Behebung dieses Zustandes.

Einem Anlieger wurde bei einer Ortsbegehung durch städt. Mitarbeiter angedroht, dass die Zufahrt ganz dicht gemacht werden könne, da er als Anlieger nur Pächter des städt. Grundstücks sei. Dieser Anlieger wurde aufgrund seiner entsprechenden Anfragen vom Offenen Kanal und der Pirmasenser Zeitung dahingehend unterrichtet, dass beide mit der Stadtverwaltung Pirmasens einvernehmlich festgelegt hätten, über die aufgeführten Missstände im Strecktal nicht zu berichten.

Ich habe mich selbst am 11.07.2009 „vor Ort“ von dem genannten Sachverhalt überzeugt.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Straße und das Regenrückhaltebecken gereinigt. Im Gras lagen noch Rückstände des Abfalls, welcher vom Wasser zuvor mitgeführt wurde. Die Ausspülungen waren gerade mit frischer Erde zugeschüttet worden.

Bereits zwei Tage später mussten nach neuerlichem Starkregen wieder Aufräumarbeiten durchgeführt werden. Sowohl über diese Maßnahme als auch über alle vorangegangenen liegen entsprechende Bildaufnahmen vor.

Ein weiterer Punkt ist auch die regelmäßige Abfuhr von Feststoffrückständen (wie Fäkalien) aus dem Regenrückhaltebecken durch die Fa. Germann.

Er fragt an:

1. Wer hat die genannten Baumaßnahmen geplant und durchgeführt?
2. Wie viele Arbeitsstunden wurden bisher in die fruchtlosen Reparaturversuche investiert und welche Kosten sind der Stadt dadurch entstanden?

3. Sind gegen die Planer oder die ausführenden Firmen Schadenersatzansprüche geltend gemacht worden?
Wenn ja, in welcher Höhe? Wenn nein, warum nicht?
4. Sind in der Zwischenzeit bauliche Veränderungen geplant, um die Problematik nachhaltig zu lösen?
5. Wurden vor Ort schon einmal Bodenproben genommen?
Wenn ja, mit welchen Ergebnissen? Wenn nein, warum nicht?
6. Weshalb muss das Rückhaltebecken wiederholt gereinigt werden und welche Kosten sind der Stadt hierdurch bis heute entstanden?
7. Wann wird seitens der Stadt dafür gesorgt, dass die Anlieger ihre Grundstücke wieder mit dem Auto erreichen können?
8. Wie gedenkt der Oberbürgermeister mit städt. Mitarbeitern umzugehen, die gegenüber Bürgern Drohungen aussprechen, obwohl diese Bürger lediglich ihr Recht einfordern?
9. Welche Absprachen hinsichtlich der angeblich vereinbarten „Nicht-Berichterstattung“ bestehen zwischen der Stadtverwaltung und der Pirmasenser Zeitung bzw. dem Offenen Kanal?

Der Vorsitzende bittet um namentliche Benennung des Bürgers, um den Vorgang nachvollziehen zu können.

Ratsmitglied Hinkel benennt Herrn Peter Kulzer.

Der Vorsitzende sagt eine Beantwortung zu.

10.8 Zustand Bürgersteig im Bereich Horebstraße (ehem. Zaunkönigs Horebschloss)

Ratsmitglied Rinck berichtet von einem intensiven Bewuchs auf dem Bürgersteig im vorgenannten Bereich. Er bittet zu klären, wer zur Beseitigung verpflichtet sei.

Der Vorsitzende sagt eine Klärung zu.

10.9 Ampelanlage Landauer Tor – Linksabbiegespur aus Richtung Friedhofstr.

Ratsmitglied Rinck berichtet, durch Änderung der Grünphase für die Linksab-

bieger aus Richtung Friedhofstraße entstehe ein Rückstau bis zur Darmstädter Straße. Er bittet um Überprüfung.

Der Vorsitzende sagt dies zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 20.20 Uhr.

Worüber Protokoll

Pirmasens, den 08. Sept. 2009

Der Vorsitzende:

Die Protokollführung: